



Heimeinweisungen in den 90er Jahren

Die Debatte um die Heimeinweisungspraxis in Luxemburg erhält mit dem nachfolgenden Beitrag weitere Nahrung. Der Autor Alfred Groff, Mitglied des «Réseau luxembourgeois de lutte contre la pauvreté et l'exclusion», weist an Hand der Entwicklung der letzten Jahre eine deutliche Steigerung der Heimpopulation auf. Institutionelle Weichenstellungen Anfang des Jahrzehnts könnten einer der Auslöser für diese Entwicklung sein, die dazu geführt hat, dass heute 2 % aller Kinder in Luxemburg in Heimen leben.

War die zentrale Beratungs- und Heimeinweisungsstelle (CIEP) zu unbequem, da sie mit den Betroffenen in direktem Kontakt stand, alle Behauptungen hinterfragte und nicht eine reine Exekutive der Justiz und der Heimvereinigung war?

Ende 1990 waren, wie dem Jahresbericht des „Centre d'Information et de Placement (CIEP)“ zu entnehmen ist, 367 grösstenteils Minderjährige in den Kinder- und Jugendheimen untergebracht (ohne die Notunterbringungen und die Plazierungen in den Erziehungsheimen). Am 30.6.1997 gab es, laut 'Weissbuch', 391 Minderjährige in den gleichen Institutionen. Es gab in den 90er Jahren sowohl in den Kinder- und Jugendheimen, wie auch in den „Dépannage“-heimen, den sogenannten FADEPS (46 Plazierte Ende 1996) und in den „Centres Socio-Educatifs de l'Etat“ (126 Plazierte Mitte 1997), den umbenannten Erziehungsheimen, eine Zunahme der Plazierungen. In Luxemburg sind laut der Sozialarbeitervereinigung ANAHSASIG 2% aller Kinder plazierte, ein sehr viel höherer Prozentsatz als in anderen europäischen Ländern. Dazu muss man dann noch die Plazierungen in spezialisierten Zentren im Ausland (laut der Abteilung „Education Différenciée“ des Erziehungsministeriums gab es deren 1997 mindestens 46) hinzurechnen sowie die Minderjährigen in der Strafvollzugsanstalt Schrassig.

Laut dem „Service Central d'Assistance Sociale“ (SCAS) gab es von September 95 bis September 1996 41 Minderjährige im Gefängnis, eine neue meiner Ansicht nach bedenklich

steigende Tendenz in den 90er Jahren, wobei der Jüngste 12 Jahre alt war. Im gesamten Jahr 1989 wurden nur 54 Minderjährige vom CIEP in Heime plazierte, wogegen es vergleichsweise im Zeitraum vom 1.1.96 bis zum 30.6.97 schon 64 Neuaufnahmen allein in den Erziehungsheimen in Dreibern und Schrassig gab!

Im gleichen Zeitraum kamen die meisten Neuaufnahmen in Heimen aus FADEPS, wo die Kinder und Jugendlichen erst für einige Wochen oder Monate untergebracht werden, was einen doppelten Milieuwechsel für die Betroffenen mit sich bringt, möglicherweise mit einem definitiven Vertrauensverlust. Es bleibt vor allem festzuhalten, dass es in den letzten zehn Jahren, trotz vermehrter Diskussion über Alternativen, Kurzplazierungen und Familienarbeit zu einer deutlichen Zunahme der Heimplazierungen von Minderjährigen kam.

Das Weissbuch berichtet, dass 89% der Plazierungen übers Jugendgericht (1997) getätigt werden. 1990 waren es nur 42%, also gab es mehr als eine Verdopplung in nur wenigen Jahren. Ein Vergleich der „Enquêtes sociales effectuées par rapport à des mineurs en danger“ vom SCAS spricht die gleiche deutliche Sprache: 274 Minderjährige waren es 1990 und 587 im Jahre 1997.

Die Auflösung des CIEP und die Institutionalisierung der CNAP

Die 1992 erfolgte Schaffung einer von allen Beteiligten anerkannten Kommission (CNAP-Commission Nationale d'Arbitrage en matière de Placements), die im Falle von Unstimmigkeiten bei der Platzierung eines Kindes oder bei Schwierigkeiten bei der Suche nach einem adäquaten Heimplatz den Weg vorgeben sollte, war sicher sinnvoll. Allerdings erfolgte sie zeitgleich mit der Abschaffung der zentralen Beratungs- und Heimeinweisungsstelle (CIEP), nicht also als zusätzliche Institution zum CIEP. Die Aufgabe des CIEP war es, im Falle einer Anfrage auf Tag- und Nachtunterbringung die Betroffenen zu informieren und zu beraten, die Alternativen zu untersuchen und im Falle von der Erforderlichkeit einer Trennung des Kindes von seiner Familie, die adäquate Lösung in einer Pflegefamilie oder einem Heim zu finden. Um diese Aufgabe zu erfüllen bestand der CIEP aus einem multidisziplinären Team (Psychologe, Sozialarbeiter, Erzieher, Sekretariat). Der CIEP wurde 1992 ersetzt durch das rein bürokratisch funktionierende „Secretariat Permanent“ der CNAP, die mit ihren zwei Mitarbeitern allein Sekretariatsarbeiten zu erledigen hat: Bei Anfragen auf einen Heimplatz leiten sie die Anfrage schriftlich an Heime, die freie Betten haben, weiter. Warum der CIEP abgeschaffen wurde, darüber kann man nur spekulieren. War er zu unbequem, da er mit den Betroffenen in direktem Kontakt stand, alle Behauptungen hinterfragte und nicht eine reine Exekutive der Justiz und der Heimvereinigung war?

1992 machte Claudia HARTMANN-HIRSCH eine Analyse der Ablösung des CIEP durch die CNAP in ihrem Bericht an die Europäische Kommission. Im gleichen Jahr schrieben HEINTZ, OTH & PREGNO in einem Leserbrief in einer Tageszeitung *„L'on ne peut que regretter que le concept élaboré par un groupe de travail ne tienne pas suffisamment compte de la dimension sociale et humaine des enjeux et s'inspire plus de la gestion bureaucratique de dossiers: le passage d'un enfant de sa famille dans un centre d'accueil pourra-t-il jamais se faire de façon codifiée à l'image du passage d'une lettre à la poste qui transite entre un expéditeur et un destinataire. Rarement aura-t-on assisté à autant de tohu-bohu et de confusion que durant les premiers mois de son application.“* Im August 1998 hielt WAGNER fest: *„Von Seiten der Praxis wurde und wird die Ablösung der CIEP durch die CNAP sehr bedauert (siehe: Zwischenbilanz der Evalua-*

Kurzer Rückblick auf die Geschehnisse im Bereich der Heimplatzierungen in den 90er Jahren

Ein geschichtlicher Rückblick sowie ein Überblick über das Heimwesen in den 80er Jahren in Luxemburg sind in einem Artikel von VANDIVINIT im Buch *„Aktuelle Probleme Jugendlicher in Europa“* und in den kommentierten Jahresberichten des „Centre d'Information et de Placement“ (CIEP) zu finden.

Im Jahre 1991 wurde die Auflösung des „Centre d'Information et de Placement“ beschlossen. Im Jahr darauf nahm die „Commission Nationale d'Arbitrage en matière de Placements“ (CNAP) ihre Arbeit auf. Das Jugendschutzgesetz vom 10.8.92 trat in Kraft. 1995 beauftragte die „Association des Directeurs des Centres d'Accueil“ (ADCA) eine Arbeitsgruppe, die Aufnahmeverfahren von Minderjährigen in Heimen zu analysieren. 1997 wurde das „Projet de loi portant sur la promotion des droits de l'enfant et la protection sociale de l'enfance“ veröffentlicht. 1997/1998 arbeitete die „Commission ad hoc pour la promotion des droits de l'enfant“, die vom Familienministerium institutionalisiert wurde, die „Charte des droits de l'enfant en matière de placement“ (Charta) aus. Ende 1998 gab die ADCA mit der Sozialarbeitervereinigung ANAHSASIG eine Publikation (das „Weissbuch“: *L'accueil jour et nuit de mineurs*) mit Statistiken, Feststellungen, Überlegungen und Perspektiven über die Tag- und Nachtplatzierungen heraus. Anfang 1999 trat das ASFT-Gesetz (*Relations Etat-organismes sociaux, familiaux et thérapeutiques*) in Kraft. Anfang und Ende des Jahrzehnts gab es einige Artikel zum Thema „Heime“ (ACHTEN & BRANDHORST; E.T. & F.N.; GROFF; HARTMANN-HIRSCH; HEINTZ, OTH & PREGNO; KIRCH-PAUWELS; SOISSON; WAGNER), auf die im Artikel näher eingegangen wird.

tionsstudie des Caritasverbandes Luxemburg). Der mit dem Wechsel einhergehende Qualitätsverlust ist nach Aussagen der Heime beachtlich“ und SOISSON meinte im April 1999, dass die CNAP *„sich aber schon nach ein paar Jahren als Fehltritt entpuppte.“* Im Weissbuch wird vermerkt *„La procédure conduisant au placement d'un enfant et mettant en relation les différentes institutions manque de rigueur et la phase diagnostique est souvent trop sommaire. Les efforts visant à chercher une solution alternative au placement en centre d'accueil sont insuffisants“*. Dort ist auch zu lesen, dass die Zufriedenheit mit den Aufnahmeberichten des CNAP von den Heimen als unterdurchschnittlich eingestuft wird. Es wird ebenfalls auf die dringende Notwendigkeit einer einzigen zuständigen Instanz, bestehend aus einem multidisziplinären Team, vor den Heimeinweisungen hingewiesen.

Diese multidisziplinäre Instanz gab es in der Zeit des CIEP. Was waren dessen Vorteile? Zuerst die Möglichkeit durch eine genaue Analyse der Sachlage eine ganze Menge Platzierungen zu vermeiden! Im letzten 'Rapport annuel' vom CIEP stand zu lesen: *„Au cours des 10*

dernières années dans plus de 2000 cas (70% des demandes), où une demande de placement jour et nuit à été introduite au CIEP, celui-ci a pu être évité. Souvent la famille pouvait être appuyée par des mesures alternatives appropriées". Wie konnte dies bewerkstelligt werden? Der CIEP verfolgte kein Eigeninteresse, war von der Justiz unabhängig und neutral in dem Sinne, als sie von der am Ende festgehaltenen Lösung nicht selbst betroffen war. Es ging einzig und allein um die Suche nach der bestmöglichen unter den zur Verfügung stehenden Alternativen für den Minderjährigen - die Heimplatzierung war dabei nur eine der

Möglichkeiten. Für die Betroffenen und deren Familie konnten die Mitarbeiter des CIEP unabhängige Informationsübermittler und Berater sein. Jemand hörte ihren Nöten und Ängsten zu und konnte ihnen oft helfen, ihre Rechte wahrzunehmen.

Gegenüber den professionellen Antragstellern, erfüllte der CIEP eine Doppelfunktion. Die Mitarbeiter des CIEP hatten Erfahrungen mit Platzierungen, kannten alle Alternativen, nicht nur die lokalen, und man konnte von ihnen erwarten, dass sie über die laufenden Entwicklungen im Sektor informiert waren (leider nicht immer genügend über die genauen Möglichkeiten der einzelnen Gruppen, weil Transparenz in den 80er Jahren noch Seltenheitswert hatte und oft schwer erkämpft werden musste). Der CIEP hatte also auch eine Beraterfunktion für den professionellen Antragsteller. Die Erfahrung zeigte, dass einige Anträge auf falschen Vorstellungen beruhten, schlecht vorbereitet waren oder auf einer Fehleinschätzung als berüchtigte 'urgence' basierten. Das 'Secrétariat permanent' der CNAP kann all diese Aufgaben, die der CIEP noch gewährleistete, nicht mehr erfüllen, weil sie nicht in ihrem Kompetenzbereich liegen.

LES DIFFERENTES POSSIBILITES D'ACCUEIL JOUR et NUIT AU LUXEMBOURG

(selon le guide du professionnel édité par l'ADCA et l'ANAHSASIG :
L'accueil jour et nuit de mineurs)

1. Les centres d'accueil conventionnés de droit privé

1.1. Les centres d'accueil traditionnels

Jongenheem, Luxembourg
Kannerland, Luxembourg
Foyer Storm, Luxembourg
Foyer St-Joseph, Luxembourg
Fondation de Colnet d'Huart, Bertrange
SOS Kannerduerf, Mersch
Kannerheem, Itzig
Fondation Kannerschlass, Soleuvre
Institut St-Joseph, Rumelange
Foyer Ste-Elisabeth, Esch/Alzette
Kannerheem, Grevenmacher
Foyer Ste-Claire, Echternach

1.2. Les foyers d'accueil et de dépannage (FADEP)

Fadep Don Bosco, Luxembourg
Fadep St-Joseph, Luxembourg
Mederchershaus, Luxembourg
Foyer Ste-Elisabeth, Esch/Alzette
Institut St-Joseph, Rumelange
Centre Polyvalent pour enfants, Dudelange

2. Les centres d'accueil publics

2.1. Les maisons d'enfants de l'Etat

Staatlech Kannerheemer, Schiffflange

2.2. Les centres socio-éducatifs de l'Etat

Centre socio-éducatif pour garçons, Dreibern
Foyer EPI pour filles, Schrassig

3. Les familles d'accueil

Service Fir ons Kanner
Service de placement familial (SPLAFA)
Service de placement et d'adoption de la Croix Rouge

4. Les internats socio-familiaux

Einweisungen durch die Justiz

"In vielen Fällen führt die Herausnahme der Kinder aus der Familie sogar zu einer abermaligen Eskalation der Problemlagen. Dies trifft insbesondere auf die Fälle zu, in denen die Massnahmen gerichtlich angeordnet wurden" schrieb der Heimpädagoge WAGNER im Mai des Jahres 1998. Über die Häufigkeit dieser Massnahmen in Luxemburg wurde bereits oben berichtet.

Schon Ende der 80er Jahren, als die ersten FADEPS (foyers d'accueil et de dépannage) entstanden, merkte man sehr schnell, dass diese nicht nur dem Zweck dienten, Familien in Not-situationen zu helfen, deren Kinder für kurze Zeit aufgenommen wurden, sondern dass die Justiz dorthin systematisch Kinder plazierte, um so die Prozedur über den CIEP umgehen zu können: denn Notplatzierungen in ein FADEP waren natürlich ohne die Einschaltung des CIEP möglich. Die Erziehungsheime in Dreibern und Schrassig erfüllten ebenfalls immer öfter den Zweck, möglichst rasch erziehungsschwierige Kinder abzuschicken. Man kann sich sogar des Eindrucks nicht erwehren, dass es manchmal mehr um die 'Absicherung' der betroffenen Instanzen ging, als um das Wohl der Betroffenen. Der Antragsteller gibt die Verant-

wortung nach der Meldung eines 'Falles' an die Justiz ab, die dann eine Entscheidung treffen muss. Das Jugendgericht als Entscheidungsträger kann aber kaum Fachwissen über psychosoziale und therapeutisch-pädagogische Belange aufweisen, um ein in dieser Hinsicht fundiertes Urteil zu fällen. E.T.&F.N meinen, das Jugendschutzgesetz gäbe *"keinen auf die unterschiedlichen Situationen zugeschnittenen Handlungsrahmen vor, so dass sich der ganze Ermessens- und Entscheidungsspielraum in dem – im Hinblick auf sozialpädagogische Belange unkundigen – Händen des Jugendrichters und des Jugendgerichtes befindet. ... Juristen können nur begrenzt die komplexen Problemlagen von benachteiligten Familien, Kindern und Jugendlichen bewerten, geschweige denn, dass sie die fachliche Kompetenz besitzen, die Angemessenheit von sozialen Hilfsmassnahmen beurteilen zu können."*

Die Justiz wiederum gibt nach ihrem Urteil die inhaltliche Verantwortung an Institutionen ab, für die selber aber natürlich nicht zuständig ist, sondern private Träger und das Familienministerium. Welchen Wert hat hierbei noch die Interessenlage und Hilfestellung der Kinder und Jugendlichen? ACHTEN, ehemaliger Vorsitzender der CNAP, und BRANDHORST schreiben: *"Um die Wartelisten, die bei freiwilligen Unterbringungen berücksichtigt werden müssen, zu umgehen, wird oft der richterliche Weg gewählt, indem eine Notunterbringung empfohlen wird."* Weiter schreiben sie *"...dass die Nähe zum juristischen System für das soziale System vor allem im Bereich der Prävention ein Problem darstellt. Es sei so nur sehr schwer möglich, die für eine präventive Arbeit notwendige Vertrauensbasis herzustellen"*. Dass dem nicht immer so war, wurde im vorigen Abschnitt erwähnt.

Im gleichen Artikel beanstanden beide Autoren die wiederholt angeprangerte Tatsache, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, dass Minderjährige mitunter wegen kleinen Delikten im Gefängnis in Einzelhaft sitzen, sogar ohne die gesetzlich vorgeschriebene Schulbildung; weiter, dass den Heimen, laut Artikel 11 des Jugendschutzgesetzes, mit dem Richterspruch automatisch die Erziehungsrechte der Eltern übertragen werden. Diese brauchen den Eltern also keine Rechenschaft mehr abzugeben. Dies kann eine Erleichterung darstellen, schiebt aber sicher einer effizienten Elternarbeit, wie sie mittlerweile selbstverständlich sein sollte, und über die im nächsten Abschnitt zu reden sein wird, einen Riegel vor.

Alternativen

"Schaffen wir die Kinderheime ab!" lautete der Titel von zwei Leserbriefen aus dem Jahre 1992. GROFF führte folgende Alternativen zur Heimplatzierung an: Professionelle Pflegefamilien, Spezialerzieherische Kindergruppen, Internate, sozio-educative, familienstützende, ambulante Dienste, einen kinderpsychiatrischen Dienst in einer Klinik sowie ein geschlossenes Erziehungsheim für Kurzaufenthalte. HEINTZ et al. fügen folgende weitere Alternativen dazu: Kriseninterventionszentrum, intensive Familienarbeit als Prävention oder zur Verkürzung eines Heimaufenthaltes, Ausweitung des Pilotprojektes eines therapeutischen Zentrums für verhaltensgestörte Kinder, um Auslandsaufenthalte zu vermeiden.

Einen kinderpsychiatrischen Dienst gibt es mittlerweile, es fehlt allerdings noch ein derartiges Angebot für Jugendliche. Kriseninterventionsinitiativen sind erst im Entstehen. Was ambulante Hilfe in den Familien anbelangt, so

Die Erziehungsheime in Dreiborn und Schrässig erfüllen immer öfter den Zweck, möglichst rasch erziehungsschwierige Kinder abzuschieben.

Äre Spezialist für Bio-Liewesmëttel



Mir wëllen natürlëch virukommen.

**d'Buttëcker vun der BioG
Bio-Bauere-Genossenschaft Lëtzebuerg**

Rolléngergronn ☐ 44 78 77/Hëpperdang ☐ 99 75 08/Capellen ☐ 30 52 33
Diddeléng ☐ 51 47 69/Ettelbréck ☐ 81 74 22

wurde viel darüber geschrieben, es gab Ansätze (u.a. im CIEP) und Projekte, aber es tat sich nie viel Konkretes. KIRSCH-PAUWELS berichtet schon über Initiativen diesbezüglich in den 70er und frühen 80er Jahren. Die 'assistances éducatives' des SCAS lassen ebenfalls keine vielversprechende Entwicklung feststellen: 37 neue Massnahmen gab es im Jahre 1990, 34 neue im Jahre 1997, wobei sich lediglich eine Vollzeit- und eine Halbzzeitkraft um 134 Kinder kümmern. SOISSON fragt sich, wieso ein so reiches Land wie Luxemburg soweit mit familienunterstützenden Diensten hinterherhinkt. "Der politische Wille, intensiver Familienarbeit zum Durchbruch zu verhelfen fehlt und dort, wo er sich zaghaft äussert, scheitert er an den politischen 'Realitäten' (etabliertes Heimwesen, Systemzwänge, usw.)" Weiter schreibt er: "Der Versuch, die Rechte des Kindes in der Heim-erziehung besser abzusichern (z.B. durch eine regelmässige Überprüfung der Einweisungsmassnahme) scheiterte einstweilen am Widerstand der Vereinigung der Trägersgesellschaften und der Heimleiter". Die Fachöffentlichkeit sei doch über Massnahmen und Möglichkeiten, unter anderem durch einen Kongress in Luxemburg (1992) informiert. Als Beispiele führt er das 'Family Project', das 'Video-Home-Training' und die 'Services d'éducation spécialisée et de soins à domicile' an. Neben mangelndem politischen Willen seien "kindische Streitereien zwischen Beamten von den verschiedenen Ministerien" und die Tatsache, dass das zuständige Ministerium grundsätzlich nur noch die etablierten Träger im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe unterstützen will, für die derzeitige Situation mitverantwortlich.

Dass allen Akteuren klar ist, was zu tun wäre, zeigt die theoretische Ausarbeitung der im Kasten auf Seite 11 erwähnten Charta, die alle wesentlichen Rechte für das Kind anführt. So z.B. "L'enfant placé a le droit que ses parents et les membres de sa famille d'origine sont associés à la mesure de placement le plus souvent et le plus étroitement possible".

Im ebenfalls oben erwähnten Weissbuch ist folgendes zu lesen: "Cependant, la réalité est telle qu'il existe un manque de structures alternatives et que les structures existantes (l'assistance éducative, services de guidance, structures d'accompagnement...) sont souvent incapables de prendre en charge le mineur et sa famille, faute de moyens de fonctionnement (budget, effectif en personnel...) et faute d'une meilleure politique en matière de prévention." Ebenfalls dort wird bestätigt, dass neben einem

'Projet d'Action en Milieu Ouvert' und dem SCAS keine spezialisierten Strukturen existieren, die erzieherische Hilfe in den Familien leisten, obschon diese in punkto Prävention und auch in finanzieller Hinsicht ihre Proben bestanden hätten. Als Alternativen zur Heimplatzierung werden "assistance éducative, Krisen-intervention ('families first'), internats socio-familiaux multidisciplinaires, centres d'accueil spécialisés dans le domaine des enfants ayant des troubles spécifiques" angeführt. Wie man sieht, sind das keine neuen Ideen, weil bereits vor 10 Jahren erkannt und am Anfang dieses Abschnitts bereits erwähnt. Die Ideen allein nützen den Betroffenen jedoch nicht.

Was tun ? Es tun !

Alle Autoren scheinen sich einig, dass es auch bei uns an der Zeit ist, vom Schutz- bzw. Kontrollgedanken wegzukommen und ihn durch den Hilfedanken zu ersetzen. Es gilt, die Alternativen und die Hilfsmassnahmen, die sich anderswo bewährt haben, endlich auch in Luxemburg in die Praxis umzusetzen. Dies bedeutet für manchen sicher ein Umdenken oder eine Umstellung, aber jeder der im Sozialbereich arbeitet oder dafür zuständig ist, sollte sich bewusst sein, dass dieses Aufgabenfeld einem stetigen Wandel unterliegt und von jedem verlangt, regelmässig die Strukturen und Konzepte zu überdenken. HARTMANN-HIRSCH bestätigt, dass Alternativvorschläge zur Tag- und Nachtplatzierung in einer Pflegefamilie oder in einem Heim in Luxemburg auf kein fruchtbares Echo stossen. Um eine breitgefächerte Palette diverser Heimangebote und Alternativen effektiv zu gestalten, ist, neben einer von Grund auf reformierten Erzieherausbildung, eine verstärkte Förderung spezifischer Weiterbildungsangebote für die Professionellen des Sektors unbedingt erforderlich.

Zweitens sollten die guten Ansätze aus der "Charte des droits de l'enfant en matière de placement" umgesetzt werden. Als wichtiger Punkt erscheint mir die Forderung, dass die Platzierung eine Ausnahme bleiben muss, die so kurz wie möglich sein soll. Wenn es zur Platzierung kommt, gilt es Folgendes zu beachten: "L'enfant placé a le droit à l'établissement, par les services impliqués au niveau de son accueil, d'un projet psycho-thérapeutique et socio-pédagogique individualisé." Dabei ist der Meinung des Minderjährigen und dessen Familie Rechnung zu tragen. Dies gilt ebenso für die periodische Reevaluierung der Ziele und der Notwendigkeit der beschlossenen Massnahmen.

La "Charte des droits de l'enfant en matière de placement" :

"L'enfant placé a le droit que ses parents et les membres de sa famille d'origine sont associés à la mesure de placement le plus souvent et le plus étroitement possible".

Die Ziele sollten klar definiert sein, sowie die Aufgaben die für die Betroffenen daraus erwachsen und der voraussichtliche Zeitraum der praktischen Umsetzung. E.T. & F.N. fragen sich, ob **Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung** für die Sozialarbeit Fremdwörter seien: "In Luxemburg besteht für die Anbieter von sozialen Diensten immer noch keine Verpflichtung, die von ihnen durchgeführten Dienste zu planen bzw. Massnahmen schriftlich festzuhalten, die Hilfsangebote in regelmäßigen Abständen auf ihre Ziele und Qualität hin zu überprüfen und/oder die durchgeführten Massnahmen zu dokumentieren". Schriftlich festgehaltene Grundlagen erleichtern zudem den notwendigen Informationsaustausch und vermeiden weitgehend Missverständnisse und Unklarheiten.

Hat man etwa Angst vor den Ergebnissen von Effektivitäts- und Qualitätskontrollen oder ist man einfach nicht daran interessiert, weil man doch alles Notwendige fürs materielle Wohl und den Schutz der Kinder vor ihrer schädlichen Umgebung getan hat? Eine Studie über die Frage der Qualitätskontrolle im Sozialbereich wurde zwar vor einiger Zeit von der Caritas in Auftrag gegeben, aber müssten Qualitätsnachweis und Forschung im Sozialbereich nicht generell eine Selbstverständlichkeit sein, wenn es ums Wohl vieler Minderjährigen und um den Einsatz grosser Summen öffentlicher Gelder geht?

Zum Schluss möchte ich noch auf den oftmals übersehenen gesellschaftspolitischen Aspekt dieser Fragen hinweisen. Auch ACHTEN & BRANDHORST vermerken: "Die gesellschaftspolitische Seite wird allerdings im Weissbuch völlig vernachlässigt". Individuelle Ursachen mag es für die einzelne Heimeinweisung wohl geben, aber die Ursachen müssen auch im sozialgesellschaftlichen Umfeld gesucht werden, wo Armut (auch in Luxemburg) zur Vernachlässigung und Gewalttätigkeit führt. Es ist bequemer alle Schuld auf den Einzelnen abzuschieben, statt zu fragen, welches Umfeld welche Hilfestellung benötigt, damit erst gar nicht derart viele Notsituationen entstehen.

Alfred GROFF

Dr.phil., 'Development officer' des "European Anti Poverty Networks" (EAPN), Sektion Luxemburg ("Réseau luxembourgeois de Lutte contre la Pauvreté et l'Exclusion")
e-mail : rllpelux@hotmail.com

European Anti Poverty Network

Plus de deux cents acteurs de la lutte contre la pauvreté, originaires de tous les états membres de la Communauté Européenne, se sont rassemblés à Bruxelles en juin 1989. En décembre 1990, une assemblée constituante a adopté les statuts du "European Anti-Poverty Network (EAPN)". L'association dénommée "Réseau luxembourgeois de lutte contre la pauvreté et l'exclusion - association sans but lucratif (RLLPE)" est la section luxembourgeoise de ce réseau. Le réseau luxembourgeois poursuit trois grands objectifs principaux, à savoir la promotion et l'accroissement de l'efficacité des actions de lutte contre la pauvreté et l'exclusion, l'aide à la définition de politiques sociales et à la conception de programmes d'actions et la fonction de groupe de pression pour et avec les personnes et les groupes en situation de pauvreté et d'exclusion sociale. Les membres sont des associations du domaine social luxembourgeois ainsi que des experts dans la matière. Le siège social se trouve 1, rue C.M. Spoo, L-2546 Luxembourg et des informations supplémentaires peuvent être obtenues auprès du président M. Klaus Schneider, pédagogue diplômé au 43 48 07 pendant les heures de bureau.

Literatur

- ACHTEN Manuel & BRANDHORST Katrin: Anmerkungen zur stationären Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Luxemburg, *forum* 191, April 1999
E.T. & F.N.: Jugendschutz in Luxemburg: Repression statt Hilfe?, *forum* 191, April 1999
C.I.E.P.: Kommentierte Jahresberichte 1979-1991 (Bibliothèque Nationale)
GROFF Alfred: Schaffen wir die Kinderheime ab!, *Luxemburger Wort*, 7.8.1992
HARTMANN-HIRSCH Claudia: Les services sociaux au Grand-Duché de Luxembourg, Observatoire de politiques nationales de lutte contre l'exclusion sociale de la commission européenne, Direction V, novembre 1992
HEINTZ Gaby, OTH Martine, PREGNO Gilbert: Schaffen wir die Kinderheime ab!, *Luxemburger Wort*, 14.8.1992
KIRSCH-PAUWELS Dominique: Pour une assistance éducative en milieu ouvert au Grand-Duché de Luxembourg (Bibliothèque IEES)
SOISSON Robert: Intensive Familienarbeit als Alternative zur Heimeinweisung, *forum* 191, April 1999
VANDIVINIT Claude : Überblick über das Heimwesen in Luxemburg in: Aktuelle Probleme Jugendlicher in der Heimerziehung in Europa, FICE, Zürich 1986
WAGNER Jean-Marie: Reflexion über die Inhalte von Heimerziehung, ANCE-Bulletin Nr.95, Mai 1998 sowie Flexible Erziehungshilfen im Kannerheem Izeg, *Luxemburger Wort*, 14.8.1999

Photo: Caritas,
Regards de jeunes
sur la vie en
institution sociale
(exposition de photos)

